



Die Seidenstraßeninitiative – Chinas Strategien zur Absicherung seiner Auslandsinvestitionen

Daniela Braun, Alexander Badenheim

- › Mit steigendem chinesischem Investitionsvolumen und zunehmender Verflechtung von Unternehmen im Ausland gehen auch größere Risiken einher. Zum Schutz seiner globalen Investitionen setzt Peking unterschiedliche Strategien ein, die zunehmend die selbstaufgelegte Politik der Nichteinmischung zu unterminieren drohen.
- › Durch eine pragmatische Außenpolitik, die sich zum Beispiel darin äußert, dass China nicht nur Beziehungen zu aktuellen Machthabern unterhält, sondern auch zur Opposition – wie in Venezuela – versucht die Volksrepublik, sich alle Optionen offen zu halten und im Falle eines Machtwechsels ihre Investitionen abzusichern.
- › Sicherheitspolitisch wird Peking immer aktiver, insbesondere um seine Investitionen im Ausland zu schützen. Dabei baut Peking kontinuierlich sein Engagement in VN-Friedensmissionen aus, wird militärisch präsenter, liefert Waffen und nutzt zunehmend private Sicherheitsfirmen.
- › Der Erfolg der Seidenstraßeninitiative ist für die Verwirklichung des „chinesischen Traums“ und die Legitimierung der KPCh als Garant für Wohlstand und Sicherheit von zentraler Bedeutung.

Inhaltsverzeichnis

Pragmatische Außenpolitik.....	2
Sicherheitspolitische Strategien und Instrumente	3
Ausblick.....	5
Impressum	8

Ende April wird die chinesische Staatsführung in Anwesenheit dutzender Staatsoberhäupter das zweite „Belt and Road Forum“ in Peking durchführen. Wie im Rahmen des ersten Forums im Mai 2017 dürften in den offiziellen Ansprachen vor allem die Errungenschaften der Seidenstraßeninitiative und weniger die Risiken und Herausforderungen des Mega-Projekts im Vordergrund stehen. Dabei dürften letztere der chinesischen Regierung in zahlreichen Ländern der Welt Sorgen bereiten.

Mit steigendem Investitionsvolumen und zunehmender Verflechtung chinesischer (Staats-) Unternehmen im Ausland gehen schließlich auch größere Risiken für aufgebrachtes Kapital, Infrastrukturprojekte und Arbeiter einher. Dies bezieht sich sowohl auf politische Faktoren, z. B. in Form von Staatskrisen oder dem Machtverfall einzelner Regierender, als auch auf traditionelle Sicherheitsrisiken wie Terrorismus, organisierte Kriminalität, Sabotage und bewaffnete Konflikte bzw. Bürgerkriege, wobei vor allem letztere oftmals auch eine politische Komponente aufweisen. Zum Schutz seiner globalen Investitionen und Interessen setzt China unterschiedliche Mittel ein. Diese reichen von politischen Initiativen im Rahmen einer pragmatischen Außenpolitik über sicherheitspolitische Maßnahmen wie die Verstärkung des eigenen Engagements in VN-Friedensmissionen bis hin zum Ausbau von Militärpräsenz im Ausland sowie Militärkooperationen und dem Einsatz von privaten Sicherheitsfirmen. Hierdurch läuft China zunehmend Gefahr, seine selbst stets propagierte und eingeforderte Politik der Nichteinmischung zu unterminieren, die seit den 1950er Jahren offiziell einen Grundpfeiler der chinesischen Außenpolitik bildet und in der Verfassung des Landes eingebettet ist.

China läuft Gefahr seine selbst eingeforderte Politik der Nichteinmischung zu unterminieren.

Pragmatische Außenpolitik

China pflegt traditionell gute Beziehungen zu anderen sozialistischen Staaten, so auch zu Venezuela und seinem Machthaber Nicolás Maduro. Bereits unter dessen Vorgänger Hugo Chávez vergab China Kredite in Milliardenhöhe an das Land und erhielt im Gegenzug Öl und weitere Rohstoffe. Zwischen 2007 und 2017 sollen sich die Kredite auf über 60 Milliarden US-Dollar belaufen haben. Diese soll Venezuela zum Teil durch Öl-Lieferungen zurückzahlen, was aufgrund erheblicher Produktionsausfälle im Rahmen der jahrelang betriebenen Misswirtschaft bisher jedoch nur bedingt möglich war. Schätzungen zufolge steht mindestens ein Drittel der Rückzahlungen noch aus.¹ Die venezolanische Staatskrise bedroht somit unmittelbar Chinas wirtschaftliche Interessen in dem Land. Dennoch hält Peking Maduro weiter die Treue. Sein Sturz und der damit verbundene Antritt einer neuen Regierung schüren in Peking Ängste vor einer Neubewertung des chinesischen Engagements in dem Land. Der Oppositionsführer und selbsternannte Interimspräsident Juan Guaidó kündigte bereits an, alle unter Maduro und seinem Vorgänger mit China getroffenen Vereinbarungen genau zu prüfen. Trotz dieser Ankündigung buhlt aber auch Guaidó um Chinas Gunst. Dass es erst in diesem Jahr zu einem Treffen zwischen der venezolanischen Opposition und chinesischen Offiziellen in Washington kam, dementierte China zwar, aber Berichten zufolge soll es in den vergangenen Jahren bereits

Die venezolanische Staatskrise bedroht unmittelbar Chinas wirtschaftliche Interessen in dem Land.

Aufeinandertreffen zwischen beiden Seiten in Peking und Venezuela gegeben haben.² Dies verdeutlicht, dass sich China alle Optionen offen hält, indem es bereits Überlegungen für die Zeit nach Maduro anstellt und somit den Schutz seiner Milliardeninvestitionen über die sozialistischen Bande zum jetzigen Regime stellt.

Eine ähnlich pragmatische Politik verfolgte China zuletzt in Simbabwe. Die Tatsache, dass der Befehlshaber der simbabwischen Streitkräfte nur wenige Tage vor dem Militärputsch gegen Präsident Mugabe in offizieller Funktion Peking besuchte, legte schnell den Verdacht nahe, dass sich der als Architekt des Coups geltende General in Peking grünes Licht für den Sturz geben ließ. Obwohl es keine konkreten Hinweise auf eine solch aktive Einflussnahme Chinas gibt, zeigten die letzten Jahre unter Mugabe bereits, dass China nicht wie in der Vergangenheit bis zum bitteren Ende an verbündeten Diktatoren festhält. Peking hat dahingehend aus dem Sturz Muammar al-Gaddafis in Libyen gelernt, als man durch die ungebrochene Unterstützung für ihn letztlich Milliarden von Dollar in Form von staatlichen Ölverträgen verlor. Aufgrund ausbleibender Kreditrückzahlungen hatte sich das Verhältnis zu Mugabe bereits merklich abgekühlt. Dass China seinen Sturz nicht verurteilte oder diesem entgegenwirkte, lässt sich zwar nach außen mit dem Prinzip der Nichteinmischung erklären, könnte aber auch daher rühren, dass Peking die neue Regierung unter dem militärisch in China ausgebildeten Präsidenten Mnangagwa als Garant für eine stabilere Innenpolitik und sicherere Investitionsbedingungen betrachtet. Fraglich ist zumindest, ob China den Militärputsch ähnlich gleichgültig verfolgt hätte, wenn der Machtantritt eines China-kritischen Nachfolgers absehbar gewesen wäre. Mnangagwas enges Verhältnis zu Peking steht jedenfalls außer Frage. Ende letzten Jahres begann der Bau des von China finanzierten neuen simbabwischen Parlamentes.

China betrachtet die Regierung von Simbabwes Präsident Mnangagwa als Garant für eine stabilere Innenpolitik und sicherere Investitionsbedingungen.

Sicherheitspolitische Strategien und Instrumente

Neben einer pragmatischen Außenpolitik nutzt China auch verschiedene sicherheitspolitische Strategien und Instrumente um seine Investitionen, Unternehmen und Bürger im Ausland vor Gewalt, Unruhen und Terrorismus zu schützen. Insbesondere auch weil die Seidenstraßeninitiative in den vergangenen Jahren teilweise auf massiven Widerstand im Ausland stieß und antichinesische Ressentiments vermehrt in Gewalt umschlagen, hat China seine sicherheitspolitischen Maßnahmen zum Schutz der eigenen Investitionen verstärkt. Dabei nutzt Peking unterschiedliche Instrumente.

Zum einen hat die Volksrepublik ihr Engagement in den VN-Friedensmissionen deutlich verstärkt. Zwar verfolgt China diesen Kurs schon seit Ende der 1980er Jahre, zunächst als wichtigen Teil der eigenen Soft-Power-Initiative, aber in den vergangenen Jahren zunehmend auch mit Blick auf seine ökonomischen Interessen insbesondere in Afrika. Stabilität und Sicherheit in Regionen herzustellen, in denen die Volksrepublik investiert, Handel und Gewerbe betreibt und dadurch langfristig den Zugang zu Märkten und Rohstoffen sichern will, ist eine grundlegende Motivation für das Engagement Chinas in den Friedensmissionen der VN. China ist aktuell der zweitgrößte Geber für das Gesamtbudget sowie auch für das Budget der Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Weiterhin stellt die Volksrepublik mit 2.634 Peacekeepern das größte Kontingent unter den fünf Vetomächten im Sicherheitsrat und ist insgesamt der zwölft größte Truppensteller unter den 193 Mitgliedern der VN.³ Die zunehmende Bereitstellung von Militär und Polizei für Missionen mit robusten Mandaten wird dabei auch als Chance der chinesischen Regierung gesehen, um die operativen Fähigkeiten der Volksbefreiungsarmee zu trainieren. Dass ökonomische Interessen die Hauptmotivation für das Engagement des chinesischen Peacekeeping sind, wird deutlich, wenn man betrachtet, für welche Missionen Peking Truppen bereitstellt. Das weitaus größte chinesische Kontingent ist mit 1.031 Personen an der VN-Mission im Südsudan – UNMISS – beteiligt. Im Südsudan ist die Volksrepublik einer der

China ist der größte Truppensteller unter den fünf Vetomächten im VN-Sicherheitsrat.

größten Investoren im Ölgeschäft mit den staatlichen Unternehmen China National Petroleum Corporation und Sinopec.

Ein weiteres sicherheitspolitisches Instrument, mit dem Peking den Schutz für seine Investitionen im Ausland erhöhen möchte, ist der Aufbau von chinesischer Militärpräsenz im Ausland sowie die Verstärkung von Militärkooperationen, wozu auch Waffenlieferungen zählen. Im Rahmen des im Sommer 2018 durchgeführten China-Afrika-Forums zu Verteidigung und Sicherheit in Peking versprach der chinesische Verteidigungsminister eine Vertiefung der sicherheitspolitischen Kooperation. Konkret bedeutet dies, dass China verstärkt technisches Know-how, Ausbildung und Waffen für afrikanische Partner bereitstellen will. Waffenlieferungen der Volksrepublik nach Afrika haben stark zugenommen. Dabei wird insbesondere Nordafrika beliefert. Aber auch in Konflikt- und Kriegsgebieten, in denen China bedeutende wirtschaftliche Interessen hat, wie im Südsudan, wurden chinesische Waffen eingeführt.⁴ Ein Projekt, das international starke Beachtung fand, war die Eröffnung der ersten Militärbasis Chinas im Ausland im Sommer 2017 in Dschibuti. An der strategisch wichtigen Schnittstelle zwischen Asien, Afrika, dem Nahen Osten und Europa liegend soll der Marinestützpunkt dazu dienen, die friedenserhaltenden Missionen in Afrika zu unterstützen, Chinesen, die möglicherweise in der Region in Gefahr geraten – wie im Jemen und Libyen geschehen – rasch zu evakuieren, Handelswege abzusichern und den Kampf gegen die Piraterie zu unterstützen. Der chinesische Marinestützpunkt in Dschibuti ist ein wichtiger Schritt in der im Weißbuch 2015 beschlossenen Vorgabe, die chinesische Marine zu stärken, deren Reichweite zu steigern und zur maritimen Macht aufzusteigen.⁵

Der Grundstein für Chinas verstärktes militärisches Engagement in der Welt wurde ebenfalls 2015 gelegt, als ein neues Anti-Terror-Gesetz verabschiedet wurde. Es ermöglicht den chinesischen Truppen die Durchführung von Anti-Terror-Operationen im Ausland, wodurch laut offizieller Aussage auch der Schutz der eigenen Investitionen außerhalb Chinas gewährleistet werden soll.⁶ Neben dem Marinestützpunkt in Dschibuti ist mittlerweile auch die Errichtung chinesischer Militäreinrichtungen in Tadschikistan an der Grenze zu Chinas Westprovinz Xinjiang bestätigt worden. Die Region ist für China zum einen als Knotenpunkt zu Zentralasien bedeutsam, zum anderen verläuft unweit südlich davon der Wakkhan-Korridor, der Afghanistan mit China verbindet. Vor dem Hintergrund des bereits von China und Pakistan erwogenen Schritts, den China Pakistan Economic Corridor mit Afghanistan zu verbinden, wäre die militärische Absicherung des durch das fragile Afghanistan laufenden Wirtschaftskorridors von größter Bedeutung.

Eine weitere Maßnahme, die Peking verstärkt anwendet, um sich vor Unruhen, Kriminalität, Konflikten und Terror im Ausland zu schützen, ist der Einsatz von privaten Sicherheitsfirmen – entweder von chinesischen Unternehmen, lokalen Anbietern oder westlichen Sicherheitsfirmen. Mit Blick auf chinesische Anbieter kann festgestellt werden, dass sich seit der Legalisierung des privaten Sicherheitssektors im September 2009 eine boomende Branche in China entwickelt hat.⁷ Dennoch steht diese unter besonderer Beobachtung und strengen Reglementierungen durch die Regierung auf Grund der generellen Skepsis der chinesischen Führung gegenüber paramilitärischen Gruppen. Private chinesische Sicherheitsfirmen kommen zum Beispiel im Irak zum Einsatz, wo sie die drei großen staatlichen Ölunternehmen China National Petroleum Corporation, China National Offshore Oil Corporation und Sinopec schützen. Hier werden aber auch teilweise westliche Sicherheitsfirmen eingesetzt. In Indonesien engagieren chinesische Unternehmen hauptsächlich lokale Sicherheitsfirmen. Diese sollen die Unternehmen und Arbeiter insbesondere vor gewalttätigen Ausschreitungen schützen, da tief sitzende antichinesische Ressentiments teilweise in gewalttätige Ausschreitungen umschlagen, wie zum Beispiel zwischen 1996 und 1999 geschehen, als mehr als 1.000 ethnische Chinesen getötet und chinesische Geschäfte und Unternehmen geplündert und zerstört wurden.⁸

Chinesische Waffenlieferungen nach Afrika haben stark zugenommen.

Chinesischer Marinestützpunkt in Dschibuti ist ein wichtiger Schritt, um zur maritimen Macht aufzusteigen.

Seit 2009 hat sich der private Sicherheitssektor zu einer boomenden Branche in China entwickelt.

Anti-chinesische Proteste entwickelten sich erneut im Zuge der Blasphemievorwürfe gegen den ethnisch-chinesischen damaligen Gouverneur Jakartas im Jahr 2017. Der Umgang mit den mehreren Millionen ethnischen Chinesen, die oftmals als Mittelsmänner für in Indonesien vertretene Unternehmen aus der Volksrepublik aktiv sind, dient somit als warnendes Beispiel für zugezogene Auslandschinesen und verdeutlicht das Schutzbedürfnis für Chinas Investitionen und Arbeiter in dem südostasiatischen Land.

Ausblick

Nicht erst die Ermordung eines chinesischen Staatsbürgers durch den IS Ende 2015 und die Tatsache, dass im Rahmen eines Terroranschlags in Mali kurz darauf u. a. drei chinesische Mitarbeiter der China Railway Construction Company ums Leben kamen, dürften der chinesischen Regierung verdeutlicht haben, dass eine stärkere internationale Präsenz in Krisenregionen auch ein intensiveres sicherheitspolitisches Engagement im Ausland verlangt. Als wachsende Großmacht ist China auf den Welthandel, Investitionen im Ausland sowie die Erschließung von neuen Absatzmärkten angewiesen. All diesen Zwecken dient die Seidenstraßeninitiative, die inzwischen zum Kernstück der chinesischen Außenpolitik geworden ist und Chinas internationalen Einfluss den eigenen Vorstellungen entsprechend ausweiten soll. Für die Verwirklichung des „chinesischen Traums“ von der „Wiederbelebung der chinesischen Nation“ – sprich die Wiederherstellung der früheren Machtposition in der Welt – ist der Erfolg der Seidenstraße von zentraler Bedeutung. Somit ist sie auch unmittelbar an die Wahrung der Legitimierung der KPCh als Garant für Wohlstand und Sicherheit geknüpft. Dass Peking die Risiken der zunehmenden Investitionsaktivitäten im Ausland erkannt hat, wird angesichts der zahlreichen oben beschriebenen Maßnahmen deutlich. Das stärkere Engagement in VN-Friedensmissionen sowie die Präsenz chinesischer Truppen und Stützpunkte im Ausland werden angesichts dieser Herausforderungen sicher weiter zunehmen. Obwohl das chinesische Militär in jüngster Vergangenheit nicht an Kampfhandlungen beteiligt war, wird auch dieser passive Einsatz von Kampftruppen vor dem Hintergrund der instabilen Lage in Ländern wie Afghanistan und der Ausbreitung von Terrororganisationen im Nahen Osten und Afrika künftig auf die Probe gestellt werden. Kombiniert mit politischen Risikofaktoren wie Staatskrisen oder dem Machtverfall einzelner Peking die Treue haltender langjähriger Herrscher in Afrika wird es für die chinesische Regierung zunehmend schwierig werden, das selbst auferlegte Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder einzuhalten. Sollten chinesische Leben oder Milliardeninvestitionen aufgrund der Unfähigkeit anderer Regierungen, für entsprechenden Schutz zu sorgen, auf dem Spiel stehen, könnte China versucht sein, seine eigene außenpolitische Leitlinie zu verwerfen.

Als wachsende Großmacht ist China auf den Welthandel, Investitionen im Ausland sowie die Erschließung von neuen Absatzmärkten angewiesen.

Das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder wird für Peking zunehmend schwieriger einzuhalten sein.

- 1 Axel Dorloff: China bangt um seine Milliarden, Deutschlandfunk, 16.02.2019, https://www.deutschlandfunk.de/krise-in-venezuela-china-bangt-um-seine-milliarden.799.de.html?dram:article_id=441205 (zuletzt aufgerufen am 08.04.2019).
- 2 Jesus Hermoso, Maria Victoria Fermin: Venezuela-China, Explained: How Will Venezuela's Political Crisis Affect China?, Supchina Sinica, 28.01.2019, <https://supchina.com/2019/01/28/venezuela-china-explained-4/> (zuletzt aufgerufen am 08.04.2019).
- 3 Institute for Security & Development Policy: China's Role in UN Peacekeeping, März 2018, Backgrounder, <http://isdpr.eu/publication/chinas-role-un-peacekeeping/> (zuletzt aufgerufen am 08.04.2019).
- 4 Deutsche Welle: China will Militärbeziehungen zu Afrika ausbauen, 10.07.2018, <https://www.dw.com/de/china-will-militärbeziehungen-zu-afrika-ausbauen/a-44603118> (zuletzt aufgerufen am 08.04.2019).
- 5 Vanessa Steinmetz: Was China in Dschibuti vorhat, Spiegel Online, 21.07.2018, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/china-eroeffnet-militaerbasis-in-dschibuti-welche-ziele-verfolgt-pekings-a-1158755.html> (zuletzt aufgerufen am 08.04.2019).
- 6 Ben Blanchard, Shri Navaratnam: China eyes anti-terror force to protect overseas interests, Reuters, 29.09.2018, <https://www.reuters.com/article/us-china-defence-security/china-eyes-anti-terror-force-to-protect-overseas-interests-idUSKCN1M909U> (zuletzt aufgerufen am 08.04.2019).
- 7 Helena Lagarda, Meia Nouwens: Guardians of the Belt and Road. The internationalization of China's private security companies, MERICS, China Monitor, 16.08.2018, https://www.merics.org/sites/default/files/2018-08/180815_ChinaMonitor_Guardians_final_0.pdf (zuletzt aufgerufen am 08.04.2019).
- 8 Zi Yang: Securing China's Belt and Road Initiative, United States Institute of Peace, November 2018, <https://www.usip.org/publications/2018/11/securing-chinas-belt-and-road-initiative> (zuletzt aufgerufen am 08.04.2019).

Impressum

Die Autoren

Daniela Braun ist Referentin Außen- und Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Alexander Badenheim ist Länderreferent China der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Daniela Braun

Referentin Außen- und Sicherheitspolitik
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
T: +49 30 / 26 996-3399
daniela.braun@kas.de

Alexander Badenheim

Länderreferent China
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
T: +49 30 / 26 996-3804
alexander.badenheim@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019, Sankt Augustin/Berlin
Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Druck: copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-534-5



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Bildvermerk Titelseite
© China Photos, reuters